

Für Arad: Ganzjährig . 12 fl. - Halbjährig . 6 fl. Vierteljährig . 3 fl. Mit täglicher Postversendung: Ganzjährig . 14 fl. - Halbjährig . 7 fl. Vierteljährig . 3 fl. 50 kr. Das Abendblatt pr. Quartal 1 fl. öst. Währ.

# Frader Zeitung.

Redaktion: im Winkler'schen Neugebäude, 1 Stod. Expeditionen- und Insertions-Bureau: Hauptplatz, 8. Goldschneider's Buchhandlung. Für das Ausland übernehme Aufträge für Inserate die Herren Haafenstein & Bogler, in Hamburg-Altona und Frankfurt a.M. Manuskripte werden nicht zurückgeschickt.

Nro. 136.

Montag den 19. Mai 1862. (Abendblatt.)

XI. Jahrgang.

**B. Pest, 18. Mai.** Wer sich in vergangener Woche der in Beziehung auf Ungarn vorherrschenden Strömung überlassen, der durfte sich dem Glauben hingeben, auf diesem Wege einen föderalistischen Pfaffen zu erreichen. Die ungarische Frage wurde von den verschiedensten Seiten in Anregung gebracht, überall aber leuchtete ein gewisses Eingehen auf die Absichten Ungarns von Seiten der Regierung hervor. So gar die große Ungarnerfresserin, die „Augsburger Allgemeine“, brachte eine Wiener Correspondenz, welche sich in Beziehung auf Ungarn durch eine ganz besondere Zähigkeit auszeichnete. Nachdem nun auch die „Donau-Zeitung“ sich bisher nicht veranlaßt fand, auf den erwähnten Artikel der „Ungar. Nachr.“ etwas zu erwidern, so durften sich die Vermuthungen schon zur Gewissheit steigern, daß wirklich eine Schwenkung in Wien vor sich gegangen. Und doch wäre es ein Irrwahn, wenn man sich vor der Hand noch nicht hingeben darf, denn wir haben gestern Abends die untrüglichen Beweise davon erhalten, daß bis heute der leitende Gedanke noch eine centralistische Basis hat; daß man sich vielleicht entschließen wird, von der Starrheit des Februar-Patents Ungarn gegenüber abzugehen, die im October-Diplome aber vorgesehene gemeinsame Behandlung gewisser gemeinsamer Staatsinteressen noch nicht aufzugeben gewillt ist. Man sieht es, wir drehen uns ganz gemüthlich noch immer in demselben Kreise und da, wie männiglich bekannt, das Provisorium mit allen seinen Accessorien noch ruhig fortbesteht; das Beispiel der Herren Baußner, Pompori und Wodianer ein viel zu eindringlich redendes ist, so werden wir es wohl unterlassen, den constatirten Thatbestand noch einer weitem Besprechung zu unterziehen. Schiller sagt: Ich that das Meine. Groß-Inquisitor thun sie das Ihre! Die Moral von der Geschichte ist: Spiele nicht mit Schießgewehr, denn es führt wie du den Schmerz!

Nachdem wir nun den Prinzen Napoleon in Neapel wissen; nachdem uns ferner Pariser Berichte erzählen, der Kaiser Napoleon habe seinen Herrn Vetter vor der Abreise außer der „Moniteur“-Note ernstlich gewarnt, und ihm sogar mit officiellen Desaveu in „Moniteur“ gedroht, können wir von dieser Seite her ganz ruhig sein. Im Südosten auf der Balkan-Halbinsel wird auch wohl schwerlich etwas passiren. (?) dort will England nichts von Lärm wissen, und bekanntlich haben auch Rußland und Frankreich sich für die dortige Gegend Ruhe auszusprechen; die Türken fangen immer wieder von vorn an. Die einzige aufregende Begebenheit wird seit ein Paar Tagen aus dem Hessenlande gemeldet. Es ist ein merkwürdiger Mann der dortige Kurfürst, er will sich in seinem Lande nun einmal von Andern keine Gesetze schreiben lassen. Nicht einmal dem deutschen Bunde will er Folge leisten, der eigenfännige Mann. Oesterreich und Preußen, die in dieser so wichtigen Verfassungsfrage Hand in Hand gehen, werden dem Kurfürsten aber schon den Beweis in die Hand geben, daß wenn er auch als Souverän über das brave Hessenland herrsche, ihm dies doch noch lange nicht das Recht gibt, dieses Volk seiner ihm durch heilige Eide und das Bundesgesetz garantirten Verfassung zu berauben, und nach eigenem Willen eine neue, dem ganzen Volke widerstrebende Verfassung aufzunähigen. Dieses ist, wie uns scheint, der leitende Gedanke eines gestern von der „Don.-Ztg.“ über die heftige Kritik veröffentlichten Leaders, an dessen Schluß die „Don.-Ztg.“ die Versicherung gibt, Oesterreich sei stets bereit, für das Recht und die Einhaltung der Verträge einzustehen. In Kurhessen wird man diese Erklärung mit vieler Beruhigung für die Zukunft zur Wissenschaft nehmen.

**West, 17. Mai.** Der Wiener Correspondent des „Sürgbny“ widerspricht der Ansicht, als hätte der Statthalter mit seiner jetzigen Rundreise in Ungarn den Zweck verbunden, den directen Reichsrathswahlen in Ungarn die Bahn zu ebnen. Der Zweck dieser Reise sei vielmehr, daß Graf Balfly den Verwaltungs-Organismus, der vom 5. November an begründet wurde, in Augenschein nehme, sich von der guten Wirksamkeit desselben überzeuge und den etwaigen Mängeln abhelfe. — Der Redacteur Pompori bringt, wie „Magyarorszag“ meldet, in der Diner Festsung seine Gast zu. Als verantwortlicher Redacteur des genannten Blattes ist Herr August Gregus unterzeichnet.

**Wien, 17. Mai.** Die „S. C.“ bringt folgende Nachrichten: Wir vernahmen, daß bis heute Morgen 8 Uhr die officielle Erklärung der kurhessischen Regierung sich dem Bundesbeschlusse vom 13. d. M. zu fügen, noch nicht hier eingetroffen war. Die Ueberreichung der von uns gestern erwähnten identischen Note durch die Gesandten Oesterreichs und Preußens fand gestern (16.) Mittag auf Wilhelmshöhe statt.

Was man eine bevorstehende Abreise des Herzogs von Ormont nach Paris in Verbindung mit einem österreichischen Handelsvertrag bringt, so dürfte dies eine Conjectur ins Blaue sein. Zwischen Oesterreich und Frankreich könnte es sich höchstens um Triftungen handeln, keineswegs aber um einen förmlichen Handelsvertrag.

Wenn der „Levant Herald“ in Constantinopel meldete, Rußland und Frankreich hätten gegen den Einmarsch türkischer Truppen in Montenegro protestirt, so war dies allerdings unrichtig. An dem Tage aber, wo das Blatt jene Nachricht brachte, wäre es allerdings berechtigt gewesen, zu berichten: Die betreffen-

den Gesandten sind im Begriffe zu protestiren. Es nahm als schon vollbracht an, was nur erst Entschloß war und konnte nicht wissen, daß noch in der zwölften Stunde Lord Palmerston den Erfolg errang, das französische Cabinet schwankend zu machen in dem Entschlusse, in allen orientalischen Angelegenheiten Hand in Hand mit Rußland zu gehen. Frankreich also zog sich von dem Protest zurück, der in Folge dessen unterblieb und brachte dafür zwei Vermittlungsvorschläge auf's Tapet, um für Montenegro gänzliche Unabhängigkeit, eventuell das gleiche staatsrechtliche Verhältnis zu erwirken, in welchem die Donaufürstenthümer und Serbien zur Pforte stehen. Diese aber verwarf beide Vorschläge und beschloß den Feldzug mit allem Aufgebot ihrer Mittel zu führen.

Eine uns heute zur Einsicht mitgetheilte Depesche läßt keinen Zweifel darüber obwalten, daß trotz des Monituredementi der Prinz Napoleon mit politischen Aufträgen an seinen Schwiegervater, den König Victor Emanuel beauftragt ist. Die Propositionen, welche Prinz Napoleon in Neapel gemacht hat, haben, wie wir der erwähnten Pariser Depesche entnehmen, den Ausbruch einer italienischen Ministerkrise veranlaßt, deren voraussehlicher Ausgang die Demission des größten Theils der Cabinets-Mitglieder mit wahrscheinlicher Ausnahme Rattazzi's und Durando's bilden dürfte.

## Pressproceß gegen „Waterland“, „Neueste Nachrichten“ und „Öst und West.“

(Aus dem „Baner.“)  
**Wien, 16. Mai.** Gerichtshof: Vicepräsident Schmarz, die Landesgerichtsräthe: Winter, Dr. A. Wagner, Gerichtsadjunct Kermer; für die Staatsbehörde: Oberlandesgerichtsrath Wögerer. Verteidiger: Dr. Casar („Waterland“), Dr. Wieser („Neueste Nachrichten“), Dr. Bilas („Öst und West“ und J. v. Delping) und Dr. Hofer (Curie).

(Fortsetzung)  
Nachdem 5 Artikel über die Revision der Februar-Verfassung zur Verlesung gebracht sind, als deren Verfasser Hr. v. Delping genannt ist, übernimmt Hr. v. Talac deren Verteidigung.

Die nächste Veranlassung dieser Artikel war eine Aeußerung im Reichsrathe, dahin lautend, daß Oesterreich mit dem beständigen Experimentiren an den Rand des Abgrundes gebracht worden sei, und daß er für positiv formulirte Anträge, woher sie immer kämen, dankbar wäre. Der Staatsminister forderte so die öffentliche Meinung und die öffentliche Presse zu Aenderungsvorschlägen über die Verfassung auf. Ich halte diese Artikel für loyal und finde darin keine Aufreizung gegen die Einheit des Staates. Der Verfasser steht auf dem Standpunkt des Constitutionalismus, er wünscht eine Verfassung, die auf dem Rechte basiert ist, er ist nicht gegen die im October-Diplom ausgesprochenen Grundsätze, er empfiehlt eine Maßregel, die von regierungsfreundlichen Blättern des Auslandes ausgesprochen wurde.

Vors. empfiehlt die Anklage im Auge zu behalten.

Talac: Man kann eine Verfassung nicht unter den Glassturz stellen, sie muß der Kritik unterworfen werden; so lange sie nicht eine organische Rechtsordnung des Staates ist, so lange kann sie sich nicht der Kritik entziehen. Eine Verfassung, über die man nicht schreiben kann, wäre keine Verfassung. Was den Ton der Abfassung der Artikel betrifft, so muß man ihn dem Journalisten zu Gute halten, der innerhalb weniger Stunden eine Frage zu erörtern hat, der sich also nicht immer das Strafgesetz gegenwärtig halten und allenfalls nach dem §. 65 blättern kann. Wer nach seiner Ueberzeugung schreibt, thut dies mit gehobener Stimmung und gebraucht Ausdrücke, die er vielleicht bei ruhiger Ueberlegung nicht verwenden würde. Die Tendenz ist gewichtiger als der Ausdruck. Ich bin ein Fremder, was die deutsche Sprache betrifft, denn sie ist nicht meine Muttersprache. In der Greltheit des Ausdruckes kann nicht die Absicht zur Aufreizung liegen.

Ich gehe auf das Meritorische der Sache und auf die incriminirten Stellen über. Es heißt: das Ministerium Schmerling habe im Februar-Patent das Steuer- und Truppenbewilligungsrecht einfach cassirt. Das ist eine in einem Paragraphen des Februar-Patentes ausgesprochene Thatsache. Diese Bewilligung konnte nicht ohne Mitwirkung der Stände cassirt werden, wenn die ungarische Verfassung nach dem October-Diplom zu Recht bestanden hätte. Nach der Constitution von 1790 und 1791 können Subsidien nicht durch einen königlichen Machtpruch aufgelegt werden. Dieses Gesetz ist so allgemein verständlich, daß gegen dessen Rechtfertigung auch vor dem October-Diplom kein Einwand erhoben wurde. Ich glaube, daß ich nicht strafbar bin, wenn ich sage, daß es durch den Februar nicht geachtet wurde. Es wurde von meinem Blatte und von andern föderalistischen Blättern bestritten, daß das ungarische Steuer- und Truppenbewilligungsrecht von dem Landtage an den Reichsrath auf legalem Wege übertragen werde.

Für das Reichsrathsstatut haben die Herren Minister die Verantwortlichkeit, also die Aufgabe der Durchführung übernommen. Was bisher geschehen ist, hat zu diesem Ziele nicht geführt. In den Propositionen ist einfach ausgesprochen, den Reichsrath zu beschicken, ohne daß von einer Vereinbarung gesprochen wurde. Es war voranzusetzen, daß die Landtage nach solchen Pfaffen einen Miteid zu begehren glaubten, wenn sie den Reichsrath beschickten. Deshalb mußte der ungarische und croatische Landtag aufgestellt werden. Ich

verstehe unter österreichischer Verfassung den Inbegriff aller Gesetze, welche die Grundlage der Rechtszustände bilden.

Ich glaube, der Verfasser brachte ein patriotisches Motiv vor, wenn er auf den Punct hindeutete, der ein Hinderniß der angestrebten Verbesserung ist.

Wenn die Anklage von Parteien spricht, so hatte die föderalistische Partei gewiß keine illoyale Absicht, wenn sie auf Grund des October-Diploms und der altbergbrachten Institutionen eine Revision der Verfassung anstrebte.

Die Stelle: „Die Schwüpfungen der Gewalt werden nicht länger dauern, als die Gewalt selbst,“ ist meines Dafürhaltens nicht aufreizend. Gewalt ist hier im Gegenfage zur Vereinbarung gebraucht; es gibt keine andere logische Auelegung. Wenn eine Ausgleichung auf diesem Wege erzielt werden konnte, so konnte sie nicht länger dauern als die Gewalt selbst, nenne man sie nun Preßion oder Militärgewalt; sie braucht deshalb noch keine brutale oder illoyale Gewalt zu sein.

Was die Principien der Union betrifft, gegen die sich wieder die Anklage erhebt, so sind sie im 7. Artikel des Gesetzes vom Jahre 1848 vollkommen aufgeklärt. Die Krone selber hat das Princip der Union anerkannt. Es ist nur eine Thatsache constatirt, daß dieses Gesetz noch nicht aufgehoben wurde.

Es heißt: „man kann nicht an der Februar-Verfassung festhalten.“ Es ist von der kaiserlichen Regierung ausgesprochen, daß man in einem Staate nicht mit zwei verschiedenen Regierungsformen regieren könne. Sie war gezwungen, um in Ungarn Steuern einzuziehen und Truppen zu werben, eine Art Besatzungszustand einzuführen, der nicht im October-Diplom und nicht im Februar-Patent vorgesehen, der also ein Ausnahmestand von dem legalen Zustande war. Unter einem solchen Zustande wurden die Rechte, die das System einer Constitution bilden, aufgehoben. Sobald nun alle Functionen einer Gewalt übertragen waren, welche die Verfassung gar nicht kennt, wurde sogleich der Besatzungszustand unterbrochen. Wir würden bedauern, wenn dieser Ausnahmestand fortgeführt würde. Man kann solche Zustände nicht Constitution nennen, wir haben keinen andern Namen als: Absolutismus dafür. Eine Verfassung, die nicht durch sich selbst erhalten werden kann, die einer beständigen Stütze bedarf, kann nicht für lebensfähig angesehen werden. Wäre sie ein Palladium der Völker, dann brauchen wir keine Stütze, die nicht in der Verfassung vorgegeben ist. Ich constatire damit eine Thatsache. Die Verfassung würde sich schon selber vertheidigen, wenn die Autonomie und das Selbstgouvernement dem Lande überlassen wird. (Bravo unter dem Auditorium.)

Vors.: Es heißt im Artikel: Die einzige Stütze des Februar-Patentes, die centralistische Partei, ist in einer inneren Auflösung begriffen, und sie ist durch Rechtsdefectionen die Schlepptreuerin der Gewalt geworden.

Talac: Diese Partei hat mich seit Bestand meines Blattes angegriffen.

Vors.: Die Anklage findet einen Angriff auf das Februar-Patent.

Talac: Ich sprach eine Thatsache aus. Die Majorität der Völker ist nicht centralistisch, und selbst in den Ländern der deutschen Zunge neigt man sich zur föderalistischen Ansicht hin. Nur eine geringe Partei hat sich für das Reichsrathsstatut ausgesprochen. Die Reichsrathsmitglieder aus Böhmen und Galizien haben es nur unter Verwahrung angenommen, und enthalten sich in einer der wichtigsten Fragen der Mitwirkung. In Ungarn und Croatien ist das Februar-Patent nicht anerkannt.

(Die Verhandlung wird auf kurze Zeit unterbrochen.)

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung ergrüht Herr v. Delping das Wort für die Artikel, als deren Verfasser er sich bekannt hat. Es ist darin von der Unausführbarkeit der Verfassung die Rede. Das ist eine Behauptung, die nicht aufreizt, 12 Millionen beschäftigen die Thatsache. Eine Partei des Reichsraths und ein Theil der Deutschen sind für eine Vereinbarung. Die Stütze des Februar-Patentes, die centralistische Partei, ist für dessen zwangsmäßige Durchführung; ich erwannere an die Reden der Abgeordneten Giebra und Mühlfeld anlässlich der Adressdebatte. Diese Partei der Theorie greift die Rechtscontinuität an. Ich glaube conservativ geschrieben zu haben, wenn ich diese Ansicht aussprach. Schmerling hat sich in dieser Richtung auf eine Staatsnothwendigkeit berufen.

Dah ich die Staatseinheit vertheidige, kann ich durch eine Broschüre aus meiner Feder beweisen. Eine Einheit durch jene Theorie ist unmöglich. Thatsachen zeugen dafür. Der Reichsrath hat sich nicht completirt, die Polen und Böhmen haben sich nicht bei der Durchföhrung betheiliget. Die Beschlußfähigkeit des Reichsrathes ist so gefährdet, daß wenn fünf bis sieben Reichsräthe zufällig den Ständen bekommen, diese Beschlußfähigkeit aufhört. Deuzufolge konnte ich fragen, wie man das Programm der Staatseinheit ausführen wolle.

Das Februarpatent sagt, daß die ungarischen Verfassungsrechte die Steuer- und Recrutensbewilligung nicht mehr vorhanden; die Schuld liegt an dem Schmerling'schen System, dessen Theorie diese Rechte für erloschen erklärt hat. Alle Parteien, die demokratischen mit inbegriffen, obwohl sie für eine Vereinbarung sind, verhorren und entfremden sich diesem System und sprechen ein: non possumus! aus. Das verstehe ich unter der incriminirten Stelle.

Das Steuer- und Recrutensbewilligungsrecht ist einfach cassirt. Dr. Ausrud „cassirt“ ist so oft und selbst in centralistischen Blättern gebraucht worden, daß ich staunen muß, wie man darin ein Verbrechen finden kann. Das Februar-Patent ist ein Rechtsbruch der ungarischen Verfassung, da jene Einsetzung ohne Zustimmung des ungarischen Landta-

## rungen

ste ertheilt bei der uranz = Gesellschaft

## er May,

## handlung

(402-3)  
er Geheimnisse über die lich des Geschlechtsvertrages

(Arzt in Hamburg).

## Mensch

### Geschlecht,

Entstehung des Menschen, Naturzweck, — Leitung des er Empfängniß, — Schwangerschaftsgeheimnisse. — Nebst neuerlich des Selbstbefleckung Sechste verbesserte Auflage. 20.000 Exemplare wurden abgesetzt.

ldeter Kaufmann zu werden, ist für anten, überhaupt für jeden Geschäfts- u empfehlen:

## Die Swissenschaft

inge und Handlungs-ener,

1) des Briefwechsels, 2) der Handelsgeographie, 4) des 6, 5) der Buchhaltung, 6) Rechnung, 7) die Staatspaenkunde, 8) des Expeditionen- risten zur Erlernung einer Handschrift.  
eunte verbesserte Auflage.  
is 3 fl.

ausleuten können wir zur Ermerkung Kenntnisse kein beferes, als das vor empfehlen, welches die wichtigsten das Wissenwerthe von den Staats- und den Banfnoten enthält und daher

## Mai 1862.

	Geld	Waare
Windschgr. 20	37.00	37.25
aldstein 20	22.75	23.00
eglevieh 10	25.00	25.50
	15.50	15.75

## sel (3 Monat).

lam 100 fl. holl.	110.85	111.00
rg 100 fl. südd.	111.25	111.80
rt 100 fl. südd.	98.30	98.50
rg 100 fl. B.	132.40	132.50
100 L. T.	—	—
10 L. St.	—	—
S. 41.	—	—
00 Frances	52.20	52.30

## Tage Sicht.

100 wall. P.	—	—
100 t. P.	—	—

## omptanten.

Dukaten	6.2	6.25
Dukaten	6.25	6.25
ondor	10.52	10.54
ondor	18.30	18.31
he Imperials	10.73	10.81
Friedrichsdor	11.04	11.05
Souverains	13.24	13.25
Cassenanw.	19.12	19.13
	130.60	130.58

hseldiscompt I. 6-5pC  
do. II. u. l. S. 6-5  
discompt für Wechsel 5 pC  
nerh. 30 Tage  
do. für läng. Sicht. 5 pC  
miele u. Effekt. Vorsch. 5 pC  
National-Coupon 130.70 - 130.55

Winkler'schen Neugebäude.

ges geschah. Meine Broschüre, in der ich dasselbe ansprach, ist nicht conficirt worden; hätte man mich aufmerksam gemacht, so würde ich vielleicht meine Schreibweise gemäßigter haben. In constitutionellen Staaten müssen selbst derbe Ausdrücke gestattet sein.

Was ich von der großen und schnellen Niederlage dieser Politik geschrieben, das ist eine Thatsache, und die stichtische Fassung nicht durch das Gefühl des Hasses entstanden.

Wenn ich auf die Gefahren neuer innerer Catastrophen hinwies, so geschah dies aus Patriotismus, die Gefahren waren factisch vorhanden, Erfahrungen, die seither gemacht wurden, haben das gelehrt. Wo ich von einer Falle schrieb, da wurde ich durch verschiedene Artikel centralistischer Blätter bestimmt. Sie haben in einer Anwendung gelinder Berzweigung Vorschläge gemacht, daß die Ungarn herauskommen sollten. Wäre dies eingetroffen, so hätten sie das Februar-Patent anerkannt. Ich habe selber in meiner Broschüre einen Mittelweg zum Ausgange vorgeschlagen.

Was die „Schöpfungen der Gewalt“ betrifft, so sind gegen mich von der Anklage zwei Sätze, die 150 Zeilen weit auseinander liegen, zusammengeworfen. Ich bewundere dieses Arrangement. Ich habe gesagt: entweder Vereinbarung oder Zwang, das zweite nenne ich Gewalt gegenüber dem G. S. Eine Verfassung durch Gewalt durchsetzen zu wollen, ist ein Nonens, ich konnte darüber nur die Pression gemeint haben. Ich war für eine Personalunion im Sinne D. A. S., für ein tertium, das der Punct der Vereinbarung wäre.

Wenn ich sagte: Der Pester Landtag war im vollen Rechte, so kann darin nicht Haß und Verachtung liegen. Es kann unmöglich aufreizen, wenn ich Jemand Recht gebe, dann wüßte ich nicht, was beruhigt. Sie wollten in Ungarn auf Grundlage ihrer eigenen Rechte von Fall zu Fall pacticiren; hätte man nicht mit Doctrinen gegen Ungarn experimentirt und vielmehr den Landtag beim Worte genommen, so wären die Vertreter möglicher Weise herausgekommen. Wenn nicht (der Character der Ungarn ist aber nicht für Wankelmuth), dann wären die Postreimungsgefühle demastirt, dann wäre der Passus: Salus republicae suprema lex am Platze gewesen. Der Staatsminister hat mit dem letzten Mittel zuerst angefangen, und das ist keine staatsmännische Politik.

Das Festhalten an der Februar-Verfassung führt dem Absolutismus zu. Schmeuling will nicht den Absolutismus, und es ist eher zu denken, daß er bestrebt war, daß die Kaiser dieses Reichs aus dem Absolutismus herauskämen. Hier konnte die Februar-Verfassung octroyirt werden, jenseits der Leitha nicht (in dem Artikel: „Rubikon!“ ist dasselbe ausgesprochen). Das Pressionsmittel habe zur Auflösung des Landtags geführt; so aber kann auch der Absolutismus, ohne daß man es selbst will, Schritt für Schritt durch die Gewalt der Umstände herbeigeführt werden. Das wollte ich ausdrücken, als ich von einem „Entgegenüberstehen“ schrieb. Ich habe eine Besichtigung ausgesprochen. Es ist eine Thatsache, daß in Ungarn ein absolutistisches Prejudicium besteht.

Mein Artikel: „Rubikon!“ ist im October 1861 geschrieben. Ich kann bei dieser Gelegenheit nicht unerwähnt lassen, daß im Februar 1862 im „Wanderer“ eine Reihe von Artikeln zur „Lösung der ungarischen Frage“ mit der C. S. L. erschienen, die nachträglich in einer Broschüre veröffentlicht wurden, und in denen die nämlichen Ansichten, nur noch schwächer, zum Ausdruck gebracht wurden. Man hat behauptet, daß der Verfasser dieser Artikel dem Ministerium nicht zu ferne steht, und diese Behauptung ist nicht demontirt worden. Es heißt darin ausdrücklich, daß noch blutwenig zur Entwicklung der Verfassung geschehen, und daß ihre Atome wieder auseinanderfallen könnten. Das ist Pressionalerei gegen meine gelinden Ausdrücke, die Broschüre ist nicht, ich bin verfolgt worden. Es wird auch darin ausgesprochen, daß der Theorie der Vermittlung nur die absolute Gewalt folgen könne. Man stützt sich der Staatsminister Schmeuling darauf. Entweder hat der Verfasser der bezogenen Artikel auch ein Verbrechen, oder ich habe keines begangen.

Vors.: Wollen Sie, daß diese Broschüre als Beweisstück hinterlegt werde?

Delphin: Ich ersucht darum. Der Ausdruck „constitutionelles Regime im Geiste des Februar“ ist ein aus dem Zusammenhang gerissener Satz, darauf aber kann die Anklage keinen Beweis gründen, der Sinn des Ganzen muß den Ausschlag geben. Decroyirungen sind gegen die Verfassung; man muß das Februar-Patent selber verletzen, um sie durchzuführen. Die Thatsache läßt sich nicht weglassen, daß der engere Reichsrath die Nothwendigkeit der Aufhebung des Steuer- und Truppenbewilligungsrechtes herausgefunden hat. Man kann Maßregeln objectiv gelten lassen, aber auch kritisiren. Man läßt die Hälfte der Vertreter über die andere Hälfte des Reiches entscheiden. Man hat es gesehen, wie sehr dadurch in der Budgetfrage der Credit gehoben wurde. Vertrauen konnte nur erwirkt werden, wenn eine solche Frage auf constitutionellem Wege verhandelt wurde. Die Bankiers, die auf Zahlen sehen, zählen ab, wie viele Vertreter im Reichsrath saßen, und wie viele eigentlich darin hätten sitzen sollen, und hatten kein Vertrauen. Der Staatsminister regiert mit der Minorität. Man sieht, wenn man constitutionelle Prinzipien nicht zugibt, auf dem absolutistischen Standpunkte. Wenn solche Ausdrücke verfolgt werden, so kann jeder Centralist binnen acht Tagen auf der Anklagebank sein.

Ich schreibe in gewissen Momenten erregt; daß ich ruhig schreiben kann, beweist meine Broschüre. Ich bin sehr neugierig zu erfahren, ob es der Staatsbehörde gelingen werde, zu beweisen, daß ich eine Unwahrheit gesagt, daß ich Thatsachen entstellte habe. Das October-Diplom war ein G. S. dessen Rechtsgiltigkeit ich begreife, von dem Februar-Patent begreife ich sie nicht für Ungarn. Wenn man mich dafür verurtheilt, so verurtheilt man mich mit 12 Millionen, und ich bin dann in guter Gesellschaft.

Delphin (überreicht seine Broschüre, die als Manuscript gedruckt ist, eine „Denkschrift an den ungarischen Landtag“, und bezeichnet einige Stellen zur Vorlesung.) Es

sind darin Vorschläge zu einer Conferenz von Vertrauensmännern; es wird von einer Vereinbarung als einer politischen Nothwendigkeit für den Fortbestand des österreichischen Staates gesprochen; das Kriegs- und Finanzministerium in Ungarn brauchte nur die Executive zu haben, da es sich ja eigentlich nur darum handle, daß die Quoten eingehen.

Vors.: Die Stelle, die Regierung sollte alle Decroyirungen fallen lassen und sich auf den Boden der ungarischen Verfassung stellen, das scheint mir im Widerspruche mit einem andern Artikel, den Sie in den „Neuesten Nachrichten“ geschrieben.

Delphin: Ich habe das so verstanden; wenn man gleich Vorschläge gemacht hätte, so wäre die Verfassung anerkannt worden; das ist nicht geschehen, so hat der ungarische Landtag sie nicht annehmen können, daher sind sie nicht bindend. Man hätte statt der bezeichneten Doctrinen Vorschläge zu einer Revision machen, und vor allem den Wirkungsbereich des ungarischen Kriegs- und Finanzministerium präcisiren müssen.

Vors.: Es lag das Rescript vor; Se. Majestät hat die Personalunion nicht anerkannt. (Fortsetzung folgt.)

Urad, 19 Mai. Die Verhältnisse in Polen nehmen wieder auf's Neue die öffentliche Aufmerksamkeit in Anspruch und drohen verwickelter als je sich zu gestalten. Eine charakteristische Schilderung der dortigen Zustände liefert die folgende Correspondenz in der „N. N. Ztg.“ Dieselbe lautet:

Von der polnischen Grenze, 11. Mai. Die heutigen Privatmittheilungen aus dem Königreich Polen, und namentlich aus der Hauptstadt Warschau lauten trüber als je zuvor, und es scheint fast, als wäre man am Vorabend einer neuen Explosion. Statt daß man erwartet hatte, die allgemeine Volkseinstimmung nach und nach wieder in ruhige Bahnen einlenken zu lassen, besonders in den letzten Wochen und seit Cäders nach St. Petersburg abgereist ist, so feindlich und bitter geworden, daß nur die zahlreichen Bajonette eine neue Schilberhebung zu verhindern scheinen. Wie das noch enden wird, ist noch gar nicht abzusehen; das Land wird dabei zu Grunde gerichtet. Die Polen wollen von einer freien Unterwerfung unter den russischen Scepter und von einem totalen Verhalten durchaus nichts wissen; sie verharren überall in der Opposition, und tragen ihren Mißverhaß offen zur Schau. In ihrem ganzen Verhalten spricht sich durchweg die Ansicht aus: „Wir ertragen zwar noch eure Tyranei, weil wir es für den Augenblick nicht ändern können, aber eure Tage sind gezählt, und dann werden wir das Vorgelegene nicht überleben.“ Auf welche Ereignisse sie aber mit solcher Zuversicht rechnen, ist wohl keinem ganz klar; das thut aber nichts, denn der Pole ist zu enthusiastisch, um nicht trügerische Nebelgebilde für Wirklichkeit zu nehmen. Dieser Phantasie führt zu immer neuen Extravaganzen, und macht die Lage der Dinge immer unergieblicher. Was die russische Regierung Zugeständnisse über Zugeständnisse machen sie wird nichts dadurch erreichen, nichts hoffern; solange sie das Land nicht absolut frei gibt, wird sie das Volk der Polen nicht für sich gewinnen. Aber auch die Russen tragen einen Theil der Schuld, denn der allgemein herrschende Militärdespotismus wird selbst von so oft durchaus gemäßigten Personen als unerträglich geschildert. Namentlich soll die Generale Krzyzanoski und Martinoff sich in dieser Beziehung das Aeußerste erlauben. Der geringste Anlaß, wie das Tragen eines Socks, einer Mütze u. dgl., oder das Singen eines Liedes, kann, wenn es einem Militär so beliebt, eine Verhaftung zur Folge haben; selbst Damen aus der höhern Gesellschaft bringt man um der geringsten Ursache willen zur Haft. Seit es mildes Wetter geworden ist, wird das Tragen von Panama Hüten mit schwarzem Band, als ein revolutionäres Abzeichen, das Verhaftung nach sich zieht, angesehen. Aus allen Gegenden des Königreichs gehen Nachrichten über das herrschende Schreckensregiment ein, und wenn dieselben auch nicht frei von Uebertreibung sind, so bleibt doch immer noch genug unbestreitbares übrig. Dieser militärische Despotismus hat schon mehrfach zu entsetzlichen Ereignissen geführt. So sollte unlängst ein ganz junger Hr. v. Starzynski auf dem bei Lublin gelegenen Gut seines Vaters, von dem russischen Obersten Woljanski verhaftet werden; er setzte sich zur Wehr, tödtete einen Gendarmen, verwundete den Obersten lebensgefährlich, und erschoss sich dann selbst. Die polnischen Schenken nach der Rückkehr Wielopolski's. Nachschrift. So eben geht uns aus Kalch die Nachricht zu, daß darelbst Militärtruppen stattgefunden, und in Folge dessen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen seien. Auch in Warschau soll eine Meuterei in der Artillerie Caserne entdeckt sein; ja, das Gerücht will sogar von Militärunruhen wissen die in St. Petersburg vorgekommen seien. Näheres verlautet darüber jedoch noch nicht.

Unter 18 d. M., wird von der Polengrenze telegraphisch gemeldet: Wegen Abzuges verbotener Lieder in der Carmeliterkirche in Warschau haben vielfache Verhaftungen, größtentheils von Frauen, stattgefunden. Es ergeben sich Konflikte mit der Polizei. Heute campiren Cosaken auf den öffentlichen Plätzen. Der Erzbischof hat an den Generalgouverneur Krizjanowski geschrieben: Die Polizeiverordnungen des Volkes in den Kirchen müssen die traurigsten Folgen haben.

Die 52 ungarischen Offiziere, welche vor Kurzem aus der ungarischen Legion bei der italienischen Armee ihre Entlassung genommen, haben folgende Zuschrift an die Redaction des „Movimento“ gerichtet: „Dieser Tage haben mehrere italienische Zeitungen erwähnt, daß 52 ungarische Offiziere gegen ihren Commandanten eine Verschwörung angezettelt hätten. Dieser Beschuldigung mußte auf das Bestimmteste entgegengetreten werden, da sie mit dem offenen Character der Ungarn und besonders der Moralität und dem Patriotismus der erwähnten 52 Offiziere im directesten Widerspruch steht. Velmehr hat das Verfahren ihrer

Commandanten Moghorodj Veranlassung zur Demission dieser Offiziere gegeben, da er durch die Gendarmen den wackern und allgemein geschätzten Hauptmann Kun Bela aus bloßen Privatrücksichten und ohne gesetzliche Procedur festnehmen und zu Mördern und Uebelthätern jeder Art in einen unterirdischen Kerker werfen ließ. Dieses Verfahren beleidigte die ehrenhaften Officiere des Depot zu Acqui in hohem Grade, weshalb sie beschlossen, nicht mehr unter Moghorodj's Commando dienen zu wollen. Als der Commandant dies vernahm, begab sich derselbe nach Turin, um gegen den Hauptmann Kun Bela Klage zu führen, und die Officiere, welche um ihre Entlassung nachsuchen zu müssen glaubten, der Verantwortlichkeit zu beschuldigen. Diesem Verichte wurde Glauben geschenkt, Hauptmann Kun nach dreitägiger Kerkerhaft an die Grenze der Schweiz eskortirt und so aus dem Lande vertrieben, für das er so oft sein Blut vergossen. Zugleich wurde auch das Entlassungsgeheiß der 52 Officiere genehmigt.“

### Letzte Post.

(Privat-Telegr. d. „Wanderer“.) Ragusa, 17. Mai. Risich wurde am 13. nach hartnäckigem und blutigem Widerstande von den Montenegro's mit Sturm genommen. Achnthundert gefangene Türken mit Mudir wurden nach Cetinje abgeführt.

Das officirte Telegraphenbureau meldet ferner aus Ragusa, 17. Mai: „Aus Trebigne vom gestrigen wird gemeldet: „Alle Straßen zwischen V. Uchia und Anubuje sind von den Aufständischen unter Rade Vabich und den Montenegro's unter Peter Bukotich besetzt. Sie hindern den Transport von Lebensmitteln für die türkische Armee, plündern und rauben in der ganzen Nachbarschaft. Die türkische Miliz in der Stärke von 2000 Mann ist bei V. Uchia blockirt. Bisher haben die türkischen Truppen gegen diese Vorgänge keinen Widerstand geleistet.“

Sermansstadt 17. Mai. Die Universität der sächsischen Nation verhandelte heute über das Gubernatsdecret wegen Zurücksendung ihrer Repräsentation vom 29. März. Die Universität setzt voraus, daß auch das Gubernium die schnelle Erledigung der Repräsentation wolle, glaubt zwar, das Recht zu haben, dieselbe auch ohne Protocoll Sr. Majestät zu verbreiten, leidet indessen die Repräsentation in Anbetracht mit den Protocollen, Accusationen und Sondermeinungen, zum Zwecke der Beschleunigung an das Gubernium zurück, begehrt übrigens darauf, daß die Repräsentation einhellig angenommen worden sei.

Triest 17. Mai. Die Fürsten Hohentlohe und Veninghen, Sir George Russell Clerk, Ex-Gouverneur von Bombay, Herr Pieschel, Secretar der preussischen Gesandtschaft, sind heute auf dem Dampfer „America“ aus Alexandria hier eingetroffen.

In Genua sind am 14. d. M. tausend sicilianische Recruten von Messina angekommen.

Berlin, 17. Mai. In der Nachwahl des zweiten Berliner Wahlbezirks wurde von 486 Stimmen enden Wähler Dr. Johann Jacoby mit 250 Stimmen gewählt. Der Gegencandidat Rittergutsbesitzer Brack erhielt 225 Stimmen.

Berlin, 17. Mai. Die „Sternzeitung“ schreibt: Dem Vernehmen nach ist der General der Infanterie von Schack für die Zeit der Concentrirung des 4. und 7. Armeecorps zum Ober-Commandirenden über beide Armeecorps, der General-Adjutant des Königs, General-Lieutenant von Bonin zum interimistischen Commandeur des 4. Armeecorps, der Major Krosigk zum interimistischen Chef des Generalstabes des 4. Armeecorps bestimmt worden.

Stuttgart, 17. Mai. Der heutige „Staatsanzeiger“ demontirt die Nachricht der „Sternzeitung“, daß Würtemberg die turkeffische Regierung unterstütze. Im Gegentheil habe sich Würtemberg bei einflussreichen Bundesgenossen, namentlich in Wien, für die Wiederherstellung des Verfassungsrechtes in Kurhessen ausdrücklich verwendet und sich auch kürzlich gegen die turkeffische Regierung selbst in obiger Weise ausgesprochen.

Kassel, 17. Mai. Die heffische Regierung hat bis heute weder Preußen noch dem Bunde gegenüber eine willährige Entscheidung gegeben; heute findet ein Ministerrath statt, dann wird die Antwort ertheilt werden; man vermuthet, dieselbe werde schwerlich zustimmend, sondern wahrscheinlich wie bisher ausweichend lauten, um Zeit zu gewinnen.

Berlin, 16. Mai. General von Willisen ist zurückgekehrt und von dem Könige empfangen worden. Seitdem war der Ministerrath bis gegen Mitternacht versammelt; jetzt wieder. Nach privaten Reueignements dauert die Regierung Kurhessens fort, weehalb auch die militärischen Vorbereitungen fortgesetzt werden.

Turin, 15. Mai. Es circulirt hier das Gerücht von einer Expedition nach Südtirol welche mit dem verlängerten Aufenthalt Garibaldi's in Treccore zusammenhängen soll.

Mailand, 16. Mai. Die heutige „Prieberanza“ schreibt: Die Regierung bemerkte in letzterer Zeit eine gewisse Bewegung der Ex-Freiwilligen und Emigrirten gegen die südtiroler Grenzen. Diese Bewegung nahm zu, als das Corps der Genuefer Carabinieri aufgelöst wurde. Um einem Gewaltacte vorzubeugen schickte die Regierung Truppenverstärkungen an die Grenzen. Oberst Nullo aus dem Südbeere soll deshalb in Palazzoio verhaftet worden sein. Die verdächtigen Ex-Freiwilligen und Emigrirten sind unter Aufsicht gestellt und werden internirt werden. Eine große Anzahl derselben, welche sich in Bergamo befanden, werden unverzüglich nach Alessandria abgeführt werden.

Turin, 17. Mai. Die „Opinione“ meldet, daß die Zahl der verhafteten Freischärler über 300 betragen.

Mailand, 17. Mai. Die heutige „Prieberanza“ schreibt: Das Gerücht von der Demission Comorini's tritt heute beglaubigter auf. In der verfloffenen Nacht langten hier die in Bergamo verhafteten 123 Freischärler an und wurden Abends nach Alessandria überführt.